

Lukas Lanzrein (SVP), Hanspeter Aellig (FDP), Peter Aegerter (BDP) und
Mitunterzeichnende vom 14. Dezember 2012

Antrag:

Der Gemeinderat wird gebeten, einen Stellenabbau in allen städtischen Direktionen bei der Stadt Thun für die laufende Legislaturperiode zu prüfen. Der Gemeinderat soll insbesondere die Auswirkungen eines Abbaus der städtischen Verwaltung in einer durch ihn zu definierenden Grössenordnung auf den Finanzhaushalt und das Leistungsangebot der Stadt Thun aufzeigen. Der zu prüfende strategische Stellenabbau soll vornehmlich durch natürliche Fluktuationen wie Kündigungen, Pensionierungen, etc. erfolgen.

Begründung:

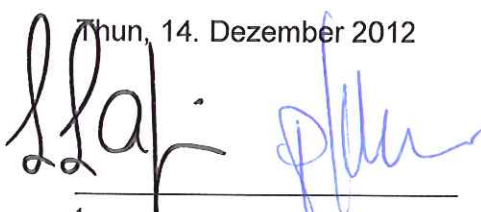
Die aktuell angespannte finanzielle Lage des Kantons Bern und vieler Bernischer Gemeinden zeigt, dass die Politik des ständigen Leistungs- und Stellenausbaus bei der öffentlichen Verwaltung an ihre Grenzen gestossen ist. Es drohen vielerorts Defizite und Neuverschuldungen. Insbesondere die Lage der Kantonsfinanzen befindet sich in einem prekären Zustand. In der vergangenen Novembersession 2012 hat daher eine bürgerliche Mehrheit im Grossen Rat, bestehend aus SVP, FPP, BDP und EDU, den Regierungsrat mittels Postulat beauftragt, einen Stellenabbau bei der kantonalen Verwaltung über alle Direktionen hinweg zu prüfen.¹ Ein weiterer Vorstoss mit vergleichbarem Inhalt wurde in der Folge ebenfalls eingereicht.²

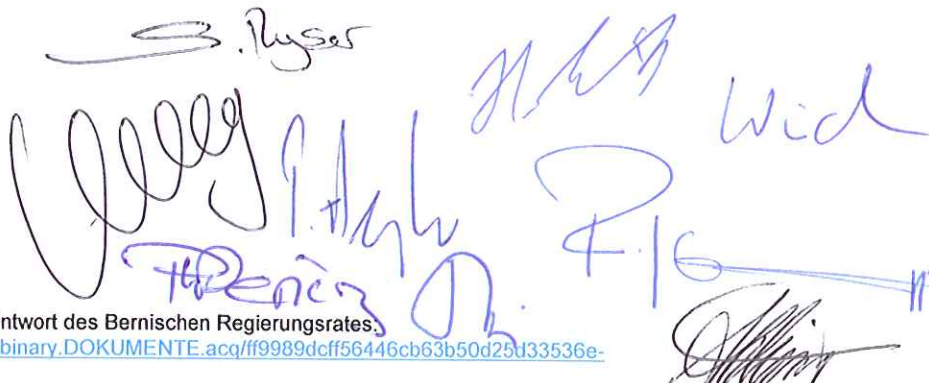
Wie dem Aufgaben- und Finanzplan 2013 - 2016, welcher der Stadtrat anlässlich seiner Sitzung vom 22. November 2012 zur Kenntnis genommen hat, zu entnehmen ist, zeichnet sich auch für die Stadt Thun keine allzu positive finanzielle Zukunft ab. Diverse grössere Investitionen stehen an und aufgrund der unsicheren wirtschaftlichen Lage ist mit einem Rückgang der Steuereinnahmen, insbesondere bei den juristischen Personen, zu rechnen. Gleichzeitig hat der Personalaufwand der Stadt Thun im Zeitraum von 2003 - 2013 um 12 Mio. Franken von 46,3 Mio. Franken auf 58,3 Mio. Franken (Budget) zugenommen. In absoluten Zahlen stieg das städtische Stellentotal von 363 auf 387 Stellen (ein Teil des Personalaufwandes finanziert sich immerhin entweder über Spezialfinanzierungen oder wird durch Bundes- und/oder Kantonsbeiträge abgegolten). Der Gemeinderat schreibt im oben genannten Bericht, er werde die „Entwicklung weiterhin aufmerksam“ verfolgen.

Angesichts dieser Prognosen gilt es nun, frühzeitig die Weichen für zukünftige gesunde und ausgeglichene Finanzhaushalte zu stellen. Dabei wird es ohne Verzicht auf Leistungen der öffentlichen Hand vermutlich nicht gehen. Mit dem vorliegenden Vorstoss soll der Gemeinderat verpflichtet werden, im Sinne der oben stehenden Ausführungen einen strategischen Stellenabbau, vornehmlich durch natürliche Fluktuationen wie Kündigungen, Pensionierungen, o.ä. zu prüfen.

Dringlichkeit wird nicht verlangt.

Thun, 14. Dezember 2012





¹ Eingereichter Vorstoss im Grossen Rat mit Antwort des Bernischen Regierungsrates.
<http://www.gr.be.ch/etc/designs/gr/media.cdwsbinary.DOKUMENTE.acq/ff9989dcff56446cb63b50d25d33536e-332/3/PDF/Vorstosstext-D-57872.pdf>.

² Vgl. <http://www.gr.be.ch/etc/designs/gr/media.cdwsbinary.DOKUMENTE.acq/ff9989dcff56446cb63b50d25d33536e-332/3/PDF/Vorstosstext-D-57872.pdf>.